

Der Oberbürgermeister

I-03 Müller-Warnecke, 2894

Drucksache-Nr.

22-0714

Datum

22.08.2022

Beschlussvorlage öffentlich

Zur Sitzung	Sitzungstermin	Behandlung
Haupt- und Finanzausschuss	12.09.2022	Vorberatung
Rat der Stadt	19.09.2022	Entscheidung

Betreff

Jährliche Durchführung einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung in Duisburg

Beschlussentwurf

Der Durchführung einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung - gemäß der Methode wie unter Problembeschreibung / Begründung erläutert – wird zugestimmt.

Finanzielle Auswirkungen im städt. Haushalt:

Ja (das Formular ist als Anlage beizufügen.)

Nein

Gender Mainstreaming-Relevanz

Ja

Die Darlegung der Geschlechterdifferenzierung erfolgt im Kontext der Drucksache, ggf. als Anlage zur Drucksache. (Dabei müssen z.B. Planungskriterien, Verordnungen, Rechtsgrundlagen, Richtlinien etc., die dem Vorschlag zu Grunde liegen, genannt werden. Wird eine auffällige Abweichung zwischen den Geschlechtern deutlich, ist diese hervorzuheben, zu analysieren und es ist darzulegen, wie die geschlechtsspezifischen Unterschiede berücksichtigt wurden.)

Nein

Die Darlegung der Geschlechterdifferenzierung entfällt aus folgenden Gründen:

Die Stichprobe wird unabhängig des Geschlechtes gezogen.

LINK

MURRACK

Problembeschreibung / Begründung

Von 1981 bis 2009 hat die Stadt Duisburg repräsentative Bevölkerungsbefragungen durchgeführt, wobei die gewonnenen Ergebnisse eine wichtige Entscheidungsgrundlage sowohl auf politischer Ebene als auch Arbeitsebene der Verwaltung bildeten. Eine kommunale Verwaltung (Politik und Verwaltung), die es sich zum Ziel setzt, die Bürger*innen und deren Bedarfe in den Fokus ihres Handelns zu stellen, bindet die Menschen vor Ort in Entscheidungsprozesse frühzeitig und proaktiv ein und kann zusätzlich durch bestimmte Erhebungen sogar auf spezielle Zielgruppen zugehen. Im Mittelpunkt steht so die Frage, welche Ideen und Anregungen die Bürger*innen mit ihren Erfahrungen vor Ort in den Bezirken und Quartieren haben, die anders als durch Umfragen kaum systematisch erhoben werden können. Der strukturelle Wandel, den die Stadt Duisburg in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten durch eine Vielzahl externer Ereignisse durchlebt hat, rückt die Notwendigkeit einer Bevölkerungsbefragung mehr denn je in den Vordergrund. Besonders im Hinblick auf eine sinkende Wahlbeteiligung in Duisburg ist es wichtig, den Bürger*innen eine Plattform der Partizipation zu bieten und zu unterstreichen, dass Politik und Verwaltung den Einwohner*innen der Stadt zuhört und angemessen agiert.

Das wesentliche Ziel jeder kommunalen Erhebung sollte die Verbesserung des Verständnisses für die Menschen in der Stadt sein. In vielen großen deutschen Kommunen (z.B. Oberhausen, Nürnberg und Hannover) wird zunehmend auf die Möglichkeiten von Bürgerbefragungen zurückgegriffen, um die Bürgerbeteiligung in den Kommunen zu stärken und die Meinung der Bürgergesellschaft dauerhaft in politische sowie in Verwaltungsprozesse einfließen zu lassen. Durch repräsentative Befragungen wird eine

Partizipationsform für Bürger*innen geschaffen, bei der diesen auf Augenhöhe begegnet wird. Dabei ergänzt eine solche Befragung andere, fachspezifische Beteiligungsformen (Anhörungen, Workshops, Bürgerdialoge etc.) und bietet durch einen manifesten Teil-Fragenkatalog die Chance, gesellschaftliche Fragestellungen, Prioritätensetzungen und Akzentverschiebungen in ihren Entwicklungen darzustellen.

Form

Gemäß aktuellem Standard soll eine hybride, repräsentative Befragung (online + Papierfragebögen) durchgeführt werden, wobei der Fokus sukzessive auf der Onlinevariante liegen wird. Den Bürger*innen wird auf postalischem Weg ein Anschreiben mit Zugangsdaten zu der Umfrage zur Verfügung gestellt, mit welchen sie sich online in den Fragebogen einloggen können. Die Zugangsdaten können nicht mit den jeweiligen Antworten verknüpft werden, sodass nachvollzogen werden kann, wer bereits an der Umfrage teilnahm, jedoch nicht wie die jeweilige Person geantwortet hat. Hierdurch wird die Anonymität der Befragung sichergestellt. Um dennoch die Repräsentativität der Befragung zu gewährleisten, muss den weniger technikaffinen Bürger*innen der Zugang zu einer analogen Form des Fragebogens via Post ermöglicht werden. Es sollen ca. 25.000 volljährige Bürger*innen mittels einer geschichteter Zufallsstichprobe gezogen und angeschrieben werden, sodass selbst bei einer geringen Rücklaufquote von 20% noch Auswertungen und Aussagen auch auf Stadtbezirksebene möglich sind.

Themen

Bei der Befragung sollen Fragen aus verschiedenen gesellschaftlichen Themenbereichen berücksichtigt werden, wie bspw. Wohnumfeld, Lebensqualität, wirtschaftliche Lage, Nutzung städtischer Dienstleistungen und soziodemografische Informationen. Der Themenkatalog ergibt sich aus vergleichbaren Umfragen anderer Städte und dem Katalog der bisherigen Duisburger Befragungen. Zusätzlich können Fragen aus dem Bereich des Wahlverhaltens einschl. Fragestellungen im Kontext von Wahlabsentismus einfließen und so z.B. Ergebnisse aus bisherigen qualitativen Forschungsprojekten (z.B. Fokusgruppenprojekt mit der UDE) zum Wahlverhalten der Duisburger Bürger*innen quantitativ erhoben werden.

Bei regelmäßigen Befragungen kann zudem in Absprache mit verschiedenen Bereichen ein „variabler“ Teil mit wechselndem Themenschwerpunkt aufgenommen wird, um nach Bedarf Momentaufnahmen aktueller Fragestellungen einfangen zu können. Für die erste Befragung in 2022 hat das Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement einen solchen Fragekatalog zum Themenkomplex „Kaufverhalten in der Innenstadt und Nebenzentren“ entworfen, welcher in die Befragung mit aufgenommen werden soll.

Zeitlicher Ablauf

Die Umfrage soll Ende des Jahres 2022 starten und insgesamt zwei Monate laufen. Nach dem ersten Monat erfolgt ein Erinnerungsschreiben an diejenigen Adressen, welche noch nicht online an der Umfrage teilgenommen haben. Im Frühjahr 2023 werden die Ergebnisse bereitgestellt. Die nachfolgenden jährlichen Befragungen sollen ebenfalls möglichst im Herbst – aber zeitlich losgelöst von Wahlterminen – stattfinden.

Finanzielle Auswirkungen

Die Kosten für Druck, Papier und Versand mehrfacher Schreiben eventueller Rücksendungen der Papierfragebögen wurden für die erste Befragung 2022 mit insgesamt ca. 150.000 € kalkuliert. Bei sukzessiver Akzeptanz der Onlinevariante könnten die jährlichen Kosten zukünftig tendenziell sinken. Die Aufwendungen sind in der mittelfristigen Haushaltsplanung bereits veranschlagt.